

Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes auf dem Gebiet der Stadt Zittau (Baumschutzsatzung)*

Stand 17.11.2011

Aufgrund von § 22 und § 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Sächsischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (SächsNatSchG) vom 11.10.1994 (SächsGVBl. S. 1601, 1995 S. 106) geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 05. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148) hat der Stadtrat der Stadt Zittau in seiner Sitzung am 31.03.2005 mit Beschluss-Nr. 25/03/05 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich und Schutzzwecke

1. Diese Satzung erstreckt sich auf den Schutz von Gehölzen innerhalb des Gemeindegebietes der Stadt Zittau einschließlich aller Ortsteile.
2. Eigentums- und Rechtsverhältnisse werden durch diese Satzung nicht berührt.
3. Schutzzwecke sind:
 - a) die Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes
 - b) die Abwehr schädlicher Einwirkungen, z. B. Luftverunreinigung und Lärm
 - c) die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes
 - d) die Erhaltung eines artenreichen Pflanzenbestandes
 - e) die Schaffung von Zonen der Ruhe und Erholung
 - f) die Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas und der kleinklimatischen Verhältnisse
 - g) die innerstädtische Begrünung zu erreichen
 - h) die Erhaltung für zahlreiche Tierarten als Brut- und Nahrungsstätte.

§ 2

Schutzgegenstand

1. Geschützt sind:
 - a) Bäume mit einem Stammumfang ab 100 cm, gemessen in 1m Höhe über dem Erdboden. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz maßgebend. Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn die Summe der Stammumfänge 100 cm beträgt und mindestens ein Stamm ein Stammumfang von 50 cm aufweist,
 - b) unabhängig von ihrem Stammumfang Ersatzpflanzungen, die nach dieser Satzung vorgenommen worden sind, Bäume aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen und Anpflanzungen im Rahmen von Baugenehmigungen,
 - c) alle in öffentlichen Park- und Grünanlagen und entlang von Straßen gepflanzte oder gepflegte Gehölze unabhängig von ihrer Größe.
2. Geschützt sind nicht nur die oberirdischen Teile der im Absatz 1 aufgeführten Gehölze, sondern auch deren Wurzelbereich. Je nach Wuchsform der geschützten Gehölze sind folgende Wurzelbereiche geschützt:
 - a) im Grundsatz die Fläche unter der Baumkrone, zuzüglich 1,5 m nach allen Seiten,
 - b) bei säulenförmig wachsenden Baumarten die Fläche unterhalb der Baumkrone, zuzüglich 5 m nach allen Seiten.

3. Vom Schutz dieser Satzung ausgenommen sind:
- a) Bäume im Wald im Sinne von § 2 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen,
 - b) Bäume in Obstplantagen, Baumschulen und Gärtnereien, die zu gewerblichen Zwecken herangezogen werden,
 - c) Bäume und Hecken in Kleingärten im Sinne des Bundeskleingartengesetzes,
 - d) Bäume an Gleisanlagen der Eisenbahn, soweit die bestimmungsgemäße Nutzung dieser Anlagen durch Gehölze erheblich eingeschränkt oder behindert wird oder Vorschriften dies erfordern,
 - e) Obstbäume, sofern es sich nicht nach SächsNatSchG § 26 Abs.1 Punkt 6 um Streuobstwiesen handelt.
 - f) Bäume und Sträucher auf Deichen, Deichschutzstreifen, Talsperren, Wasserspeichern und Rückhaltebecken,
 - g) Nadelgehölze (ausgenommen sind Alleeen und einseitige Baumreihen) auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken, soweit sie nicht vom Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes oder anderer Rechtsvorschriften erfasst werden,
 - h) Pappeln (*Populus spec.*), Birken (*Betula spec.*), Baumweiden (*Salix spec.*) und abgestorbene Bäume auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken (ausgenommen sind Alleeen und einseitige Baumreihen) auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken, soweit sie nicht vom Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes oder anderer Rechtsvorschriften erfasst werden.
4. Diese Satzung gilt insoweit nicht, als weitergehende Schutzvorschriften, insbesondere über Schutzgebiete gemäß §§ 16-21, 52 und 64 Abs. 1 SächsNatSchG und geschützte Biotope nach § 26 SächsNatSchG den Schutzzweck nach § 1 gewährleisten und den Schutzgegenstand nach den Absätzen 1 und 2 sicherstellen oder Bebauungspläne, Satzungen nach § 21 Abs. 1 Sächsisches Denkmalschutzgesetz sowie Erhaltungssatzungen nach § 172 BauGB den §§ 5 bis 8 entgegenstehen.
5. Diese Satzung ist nicht anzuwenden, soweit über eine erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung von nach den Absätzen 1 und 2 geschützten Gehölzen im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 8-11 SächsNatSchG zu entscheiden ist.

§ 3 Verbote

1. Die Beseitigung der nach § 2 geschützten Gehölze sowie alle Handlungen, die zur Zerstörung, Beschädigung oder die zu einer wesentlichen Veränderung ihres Aufbaues führen können, sind verboten. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaues liegt vor, wenn an den geschützten Gehölzen Handlungen vorgenommen werden, durch die deren natürliches Erscheinungsbild verändert wird (z.B. Kappungen).
2. Verboten ist insbesondere im Wurzelbereich:
 - a) das Befahren mit Kraftfahrzeugen und Baumaschinen, sofern nicht eine geeignete Flächenbefestigung gegeben oder die Fläche als Parkfläche ausgewiesen ist,
 - b) das Befestigen der Fläche mit einer Wasser undurchlässigen Decke (z.B. Asphalt, Beton),
 - c) das Aufgraben, Ausschachten oder Aufschütten in einer Entfernung unter 2 m zum Stamm,
 - d) das Lagern von schweren Baustoffen, Schüttgütern, Erdmassen, das Ausbringen von Ölen, Chemikalien, die Freisetzung von Gasen sowie die Anwendung von Streusalzen, soweit der Kronenbereich nicht zur befestigten Verkehrsfläche gehört,
 - e) das Anbringen von Plakaten, Schildern, Hinweistafeln, Ketten, Drahtschlingen oder Nägeln,
 - a) die Rinde, den nach § 2 geschützten Gehölzen abzuschneiden, abzuschälen oder sonst wie zu entfernen,
 - g) Feuer unterhalb des Kronenbereiches.

§ 4 Zulässige Handlungen

1. Fachgerechte Schnittmaßnahmen zur:
 - a) Pflege und Erhaltung geschützter Gehölze,
 - b) Herstellung und Erhaltung der Verkehrssicherheit von Gehölzen, soweit sie § 3 nicht entgegenstehen, insbesondere die Herstellung und Erhaltung des Lichtraumprofils über Verkehrsflächen, an Gebäuden, oberirdischen Versorgungsleitungen, Beleuchtungseinrichtungen, Verkehrszeichen und dgl. mehr. Dabei sind diese Maßnahmen auf das notwendigste, den jeweiligen Umständen angemessenen Maß zu beschränken,
 - c) Pflege und Sicherung von Wasserläufen.
2. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger. Diese Maßnahmen sind der Stadt Zittau unverzüglich anzuzeigen und zu begründen.

§ 5 Anordnung von Maßnahmen

1. Es kann angeordnet werden, dass der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte des Grundstückes bestimmte Pflege- und Schutzmaßnahmen bei geschützten Gehölzen durchzuführen oder zu dulden hat. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen.
2. Die Randbereiche neuangelegter Straßen und Wege sind mit Bäumen zu bepflanzen soweit keine anderen Verordnungen oder Gründe dagegensprechen.

§ 6 Ausnahmen und Befreiungen

1. Von den Verboten des § 3 wird eine Ausnahme erteilt, wenn:
 - a) der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte aufgrund öffentliche Rechtsvorschriften verpflichtet ist, den Baum zu entfernen oder wesentlich zu verändern und er sich auf zumutbare Weise nicht von dieser Verpflichtung befreien kann,
 - b) eine nach rechtlichen Vorschriften zulässige bauliche Nutzung sonst nicht oder nicht in zumutbarer Weise verwirklicht werden kann,
 - c) von dem geschützten Baum Gefahren ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können,
 - d) der geschützte Baum krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesse mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
 - e) die Bäume die Einwirkung von Licht und Sonne auf Fenster unzumutbar beeinträchtigen. Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt vor, wenn Fenster so beschattet werden, dass dahinter liegende Wohn- und Geschäftsräume während des Tages nur mit künstlichem Licht benutzt werden können.
2. Von den Verboten des § 3 kann die Stadt Zittau nach § 53 SächsNatSchG eine Befreiung erteilen, wenn:
 - a) das Verbot einer unzumutbaren Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist,
 - b) Gründe des Gemeinwohls die Befreiung erfordern.
3. Die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung ist bei der Stadtverwaltung Zittau schriftlich zu beantragen. Der Antrag ist zu begründen und soweit notwendig, sind die Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigung vom Antragsteller nachzuweisen. In einem Lageplan sind Art und Stammumfang, gemessen in 1 m Höhe, des betreffenden Baumes einzutragen. Auf den Lageplan

kann verzichtet werden, wenn der Standort der Bäume auf andere Weise ausreichend beschrieben ist.

4. Die Ortsbesichtigung und Entscheidungsfindung wird durch Beauftragte der Stadt Zittau durchgeführt.
5. Die Entscheidungen werden schriftlich erteilt und können mit Nebenbestimmungen versehen werden.
6. Die Stadt entscheidet über die Anträge nach Absatz 1 innerhalb von drei Wochen nach Eingang der vollständigen Unterlagen im Sinne von Absatz 3. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn Sie nicht innerhalb der Frist unter Angabe von Gründen abgelehnt wird. Die Frist kann einmal angemessen verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. In diesem Fall erteilt die Stadt vor Ablauf der Dreiwochenfrist eine entsprechend begründete schriftliche Zwischenmitteilung. Auf Verlangen wird der Eintritt der Genehmigungsfiktion nach Satz 2 schriftlich bescheinigt.
7. Die Stadt hat die Ausnahmegenehmigung für den Zeitraum vom 1. März bis 30. September auszusetzen oder sie auf die Zeit vom 1. Oktober bis zum Ende des Monats Februar zu befristen. Dies gilt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG vorliegen bzw. die Voraussetzungen einer beantragten Befreiung nach § 67 BNatSchG vom Verbot, Gehölze in der Zeit vom 1. März bis 30. September abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen (§ 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG) gegeben sind, weil zwingende Gründe für die Unaufschiebbarkeit der Maßnahme vorliegen. Die Voraussetzungen nach Satz 2 müssen durch Angaben im Antrag nachgewiesen werden. Die Stadt entscheidet im Rahmen des Genehmigungsverfahrens über die beantragte Befreiung nach § 67 BNatSchG im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde.
8. Für das Verfahren zur Erteilung einer Befreiung nach Absatz 2 gelten § 6 Abs. 3, 4, 5 und 7 entsprechend sowie § 53 Abs. 3 SächsNatSchG.

§ 7

Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen

1. Wird auf der Grundlage des § 6 Abs. 1 und 2 eine Genehmigung erteilt, so hat der Antragsteller auf seine Kosten auf einem Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung Bäume und Sträucher zu pflanzen und zu erhalten. Als Ersatz sind vorzugsweise einheimische Laubbäume zu pflanzen.
2. Den Umfang und die Qualität der Ersatzpflanzung legt die Stadt nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung der örtlichen Umstände im Bescheid fest. Für einen Laubbaum mit einem Stammumfang von 100 cm (ca. 30 cm Durchmesser) ist in der Regel ein Laubbaum mit einem Mindeststammumfang von 8-10 cm in 100 cm Höhe gemessen zu pflanzen. Vorhandene Mängel und Schäden führen zu einer Minderung der Ersatzleistung. Es ist eine Pflege für mindestens 3 Jahre zu gewährleisten. Wachsen die zu pflanzenden Bäume und Sträucher nicht an, ist die Ersatzpflanzung einmal zu wiederholen.
3. Ist eine Ersatzpflanzung ganz oder teilweise nicht möglich, so ist eine Ausgleichszahlung zu leisten. Der Wert der Ausgleichszahlung entspricht den Herstellungskosten der festgesetzten Ersatzpflanzung. Die Gehölkosten werden dem jeweils gültigen Sortimentskatalog der Firma BRUNS-Pflanzen-Export GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn entnommen, abzüglich 25 % Rabatt und zuzüglich einer Pflanzpauschale von 30 % des Gehölzwertes sowie der entsprechenden Mehrwertsteuer. Die Ausgleichszahlungen sind an die Stadt Zittau zu leisten und werden zweckgebunden für Ersatzpflanzungen eingesetzt.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig nach § 61 Abs. 1 Nr. 1 SächsNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen § 3 nach § 2 geschützte Gehölze beseitigt oder Handlungen vornimmt, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder wesentlichen Veränderung ihres Bestandes oder Aufbau führen,
 - b) entgegen § 4 Absatz 2 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 - c) den Nebenbestimmungen (z.B. Ersatzpflanzung) einer Befreiung oder Ausnahme nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt.
2. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 61 Abs. 2 SächsNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden, soweit die Zuwiderhandlung nicht durch Bundes- oder Landesrecht mit einer Strafe bedroht ist.

§ 9

Folgebeseitigung

1. Hat der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes nach § 2 Abs. 1 a und b geschützte Bäume ohne Befreiung von den Verboten des § 3 entfernt oder zerstört, ist er verpflichtet, diese durch entsprechende Ersatzpflanzungen oder Ausgleichszahlungen in voller Höhe zu ersetzen.
2. Hat ein Dritter nach § 2 Abs. 1 c geschützte Gehölze ohne Befreiung von den Verboten des § 3 entfernt oder zerstört, ist er verpflichtet, diese durch entsprechende Ersatzpflanzungen oder Ausgleichszahlungen in voller Höhe zu ersetzen.

§ 10

Betreten von Grundstücken

Bedienstete oder Beauftragte der Stadt Zittau sind zum Zweck der Durchführung dieser Satzung unter den Voraussetzungen des § 54 Abs. 2 Sächsisches Naturschutzgesetz berechtigt, Grundstücke zu betreten.

§ 11

Gebührenordnung

1. Für das Verfahren zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung werden keine Kosten erhoben. Die Kostenfreiheit erstreckt sich jedoch nicht auf ein mögliches Widerspruchsverfahren.
2. Für das Verfahren zur Erteilung einer Befreiung werden Verwaltungsgebühren entsprechend der Verwaltungskostensatzung der Stadt Zittau erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 30,00 €.

§ 12

Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 27.01.1994, Beschluss-Nr. 07/01/94, mit Änderung vom 22.02.1996, Beschluss-Nr. 22/02/96 außer Kraft.
3. Die Änderungen treten am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.*

Zittau, 31.03.2005

A. Voigt
Oberbürgermeister